

Der Plan Puebla-Panama: Mexiko entdeckt seine Südgrenze und die Beziehungen zu Zentralamerika neu

Maihold, Günther

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Maihold, G. (2001). *Der Plan Puebla-Panama: Mexiko entdeckt seine Südgrenze und die Beziehungen zu Zentralamerika neu*. (Brennpunkt Lateinamerika, 22). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-444599>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 22

29. November 2001

ISSN 1437-6091

Der Plan Puebla-Panama – Mexiko entdeckt seine Südgrenze und die Beziehungen zu Zentralamerika neu

Günther Maihold

Mexiko blickt nach Norden – diese Aussage muss seit dem Abschluss des NAFTA-Vertrages und seinem Inkrafttreten am 1. Januar 1994 nicht weiter unterstrichen werden. Jedoch am selben Tag, als Mexiko seinen Eintritt in die „Erste Welt“ feiern wollte, meldete sich aus dem Süden die zapatistische Guerilla, die dem Land und der Welt bewusst machte, dass es mindestens „zwei Mexikos“ gibt. Auf der einen Seite das dynamische Mexiko der Nordgrenze mit Industrie und Sog der Arbeitskräfte des Landes in die Lohnveredelungsindustrie (Maquila) und hinüber in die USA; auf der anderen Seite des südliche Mexiko, in dem 28,2% der Bevölkerung und 72% der Indigenen des Landes leben, eine Region, die gerade einmal 9,7% des BIP Mexikos erwirtschaftet. Während im Norden das Pro-Kopf-Einkommen 4000 US-Dollar und der Analphabetismus 8% betragen, lauten die vergleichbaren Werte für den mexikanischen Süden und Südosten 2.300 US-Dollar und 19%. Allerdings bietet der Süden des Landes auch erhebliche Entwicklungspotentiale: umfangreiche Wasser- und Energiereserven, reiche biologische Vielfalt, klimatische Diversität, kulturellen Reichtum und ein umfassendes Arbeitskräftereservoir. Dieses Bild einer „reichen Region mit armer Bevölkerung“ (Salazar, F. 2001), hoher Kindersterblichkeit, extremer Armut und der Marginalisierung weiter Regionen in der staatlichen Politik setzt sich auch jenseits der mexikanischen Grenze im Süden fort. Insofern erscheint es nur konsequent, wenn der bereits gewählte mexikanische Präsident Vicente Fox noch vor Antritt seines Amtes am 12. September 2000 gemeinsam mit den Gouverneuren von 9 Bundesstaaten des Südens und Südostens Mexikos in Costa Rica einen Entwicklungsplan für die marginalisierte Region von Puebla bis Panama ausrief.¹ Dass dabei an Konzepte einer „mesoamerikanischen Region“ angeknüpft wird, vermag auf den ersten Blick deutlich zu machen, dass das Problem Chiapas ein zentraler Ansatzpunkt für den neuen Plan ist.

¹ Diese Stossrichtung des Planes wird erkennbar aus der Vorstudie von Santiago Levy, dem Vize-Finanzminister der Regierung Zedillo (1994-2000) unter dem Titel „*El Sur también existe, un ensayo sobre el desarrollo regional de México*“. Die Ursprünge des Planes gehen somit auf die Vorgängerregierung zurück, die eine umfassende Investition in Infrastruktur und soziale Entwicklungsmaßnahmen einleiten wollte.

Der Konflikt in Chiapas hatte erneut deutlich werden lassen, dass die Südgrenze für Mexiko ein zentrales Problem darstellt. Obwohl die traditionell mit Konflikten behaftete Beziehung zu Guatemala im Zentrum der bilateralen Beziehungen Mexikos zu seinen südlichen Nachbarn im Vordergrund stand, wurde mit der Krise auf dem zentralamerikanischen Isthmus durch die Migrations- und Flüchtlingsströme der 1980er und 1990er Jahre immer deutlicher, dass erhebliche Konflikte von der Südgrenze aus auf das Land zukommen würden. Die enge Verknüpfung von innenpolitischen Dimensionen des außenpolitischen Handelns in Mexiko erklärte auch die Unterstützung der Guerilla-Bewegungen in Zentralamerika durch die mexikanische Regierung in den 1980er Jahren, während gleichzeitig intensive Bemühungen zur Sicherung der Grenzregion Platz griffen. Ausläufer der Unregierbarkeit Zentralamerikas galt es zu kontrollieren, um nicht einer internen Destabilisierung in Mexiko Vorschub zu leisten.

Zentralamerika als Problem und als Chance – die historische Dimension der Beziehungen Mexikos zu Zentralamerika

Im 19. Jahrhundert und im größten Teil des 20. Jahrhunderts dominierte in Zentralamerika das Misstrauen gegenüber dem nördlichen Nachbarn wegen eines möglichen expansiven Interesses Mexikos, nicht notwendigerweise im Sinne einer territorialen Erweiterung, sondern verstanden als Instrumentalisierung Zentralamerikas durch den großen „Bruder“ im Norden. Tatsächlich zeichnete sich Mexikos Politik gegenüber seinen zentralamerikanischen Nachbarn bis zum Beginn der 90er Jahre eher durch ein unkontinuierliches Interesse und wenig systematische Politikansätze aus.

Weithin dominierte eine starke bilaterale Färbung die Außenbeziehungen Mexikos zu den Staaten Zentralamerikas, die trotz der Integrationsfortschritte im Zentralamerikanischen Gemeinsamen Markt (MCCA) nicht als Region wahrgenommen wurde. Mit dem Ausbruch der politischen Krise in den 70er Jahren aktivierte Mexiko seine Außenpolitik mit Bezug auf Zentralamerika, da es die Krise in der Region als Bedrohung für seine eigene nationale Sicherheit einstufte. Insbesondere bemühte sich Mexiko demonstrativ um die Unterstützung der sandinistischen Revolution in Nicaragua. Präventive Diplomatie war die Maxime Mexikos, um die „Problemzone Zentralamerika“ unter Kontrolle zu halten.

Mexikos aktive Rolle in der seit Januar 1983 arbeitenden Contadora-Gruppe zur Förderung einer lateinamerikanischen Lösung der Konflikte in der Region gegenüber dem starken Druck aus den USA zeigte die Hinwendung zu Zentralamerika als Region, die nun in einem multilateralen Rahmen betrachtet wurde. In den 90er Jahren wurde ein klares Zeichen Mexikos erkennbar, zur friedlichen Lösung der zentralamerikanischen Konflikte beizutragen: seine aktive Rolle bei den Friedensverhandlungen bezogen auf El Salvador, die mit der historischen Unterzeichnung der Friedensvereinbarungen im Schloss Chapultepec am 16. Januar 1992 beendet wurden, sowie die Unterstützung der Verhandlungen zur Erzielung einer Friedensvereinbarung mit Guatemala, die in großem Umfang auf mexikanischem Territorium stattfanden und im Dezember 1996 in Guatemala-Stadt zum Abschluss kamen.

Jenseits der politischen Bemühungen zur Befriedung der Region kann die Kooperation mit Zentralamerika im Rahmen des San-José-Vertrages betrachtet werden: Am 3. August 2000 konnten 20 Jahre Bestehen dieses Vertrages begangen werden, der für die Länder des Isthmus die Versorgung mit Erdöl durch Mexiko und Venezuela zu präferenziellen Preisen vorsieht; diese bis heute gültige Vereinbarung macht die zentralamerikanischen Staaten weniger abhängig von Preisfluktuationen auf dem internationalen Markt und ist in dieser Hinsicht ein deutliches Zeichen regionaler Solidarität, das seitens Mexikos nochmals nachdrücklich bestätigt wurde durch sein vorbehaltloses Engagement zur Unterstützung der zentralamerikanischen Länder bei der Bewältigung der Folgen des Hurrikans Mitch, der die Region Ende des Jahres 1998 schwer getroffen hatte.

Im November 1990 wurde in der Regierungszeit des Präsidenten Carlos Salinas de Gortari (1988-1994) der „Mechanismus von Tuxtla“ in Gang gesetzt, der als Koordinationsinstanz der Staats- und Regierungschefs Mexikos und Zentralamerikas fungierte, um den mexikanischen Kooperationsfonds mit Zentralamerika und das mexikanische Programm zur ökonomischen, kulturellen und technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit Zentralamerika zu verwalten. Die zentralamerikanischen Vorbehalte gegenüber dem „Mechanismus von Tuxtla“ als Element einer umfassenden Außenpolitik ohne substanzielle Hinwendung zur Region wurden insbesondere durch das Inkrafttreten des NAFTA-Abkommens am 1. Januar 1994 bestärkt, was die Hinwendung zum nördlichen Nachbarn unter Vernachlässigung der Südgrenze zu dokumentie-

ren schien. Mexiko versuchte auf dem 2. Tuxtla-Gipfel im Februar 1996 mit der Verabschiedung eines Aktionsplanes diese Bedenken zu zerstreuen, indem für die Region eine „privilegierte Partnerschaft“ bezogen auf Handel, Migration, Investitionen und Bekämpfung des Drogenhandels in Aussicht gestellt wurde.

Konkrete Ausformungen hiervon sind die wirtschaftlichen Kooperationsvereinbarungen, wie die Freihandelsabkommen, die Mexiko mit dem *Triángulo Norte* (Guatemala, El Salvador und Honduras) am 29. Juni 2000 abschließen konnte, nachdem bereits vorher bilaterale Abkommen mit Costa Rica (1. Januar 1995) und Nicaragua (1. Juli 1998) getroffen worden waren. Die Länder des *Triángulo Norte* haben sich für Mexiko zum wichtigsten Handelspartner in Lateinamerika entwickelt, das dorthin 20% seiner lateinamerikanischen Exporte liefern konnte, ein Volumen, das dem mexikanischen Außenhandel mit Brasilien, Argentinien und Chile zusammen genommen entspricht (Chanona Burguete/Martínez Cortés 2001: 81). Das Wachstum der mexikanischen Importe in die Region hat sich in den Jahren zwischen 1993 und 1999 um 160% erhöht, obwohl natürlich dieses Volumen am gesamten Außenhandel Mexikos nur 0,5% ausmacht. Die zentralamerikanischen Hoffnungen, dass Mexiko für die Region das „Tor zu NAFTA“ darstellen werde, haben sich jedoch nicht realisiert und dürfen wohl noch lange ihrer Erfüllung harren.

Der Plan Puebla-Panama – eine neue Hoffnung für Mexikos Süden und Zentralamerika?

Insofern stellt der Vorschlag des mexikanischen Präsidenten Fox zur Bildung einer gemeinsamen Entwicklungsregion des mexikanischen Südens und der Länder Zentralamerikas einen neuen Ansatz dar. Im Plan Puebla-Panama werden 9 mexikanische Bundesstaaten (Campeche, Chiapas, Guerrero, Oaxaca, Quintana Roo, Tabasco, Veracruz und Yucatán) sowie die zentralamerikanischen Staaten Belize, Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nikaragua und Panama zusammengeführt. Die von diesem Plan erfasste Region hat gegenwärtig 64 Millionen Einwohner und 550.000 km²; bis zum Jahr 2025 dürfte die Bevölkerungszahl auf ca. 92 Millionen (34 Mio. im mexikanischen Süden und 58 Mio. in Zentralamerika) angewachsen sein, was in etwa der heutigen Einwohnerzahl Mexikos entspricht. Nimmt man hinzu, dass im mexikanischen Teil des Raumes ca. 7 Millionen *Indígenas* leben, die 36 eigene Sprachen sprechen, so ist die

indigene Bevölkerung mit ca. 20% der Gesamtbevölkerung ein zentraler Identifikator in dieser Region.

Die Zielrichtung des Planes ist aus mexikanischer Perspektive in unmittelbarem Kontext mit der Friedenssuche in Chiapas zu betrachten: Wie der mexikanische Außenminister Jorge Castañeda ausführte, handelt es sich um eine „logische Folgerung langfristiger Art der Regierung für den Frieden in Chiapas“ (La Jornada 1. März 2001), die als unternehmerische Initiative gedacht ist. Dabei bleibt der Plan natürlich nicht nur ein Instrument der politischen Absicherung eines Friedens in Chiapas, sondern soll auch als „Instrument der nationalen Neuausrichtung (dienen), damit Mexiko mit größerer Wettbewerbsfähigkeit am Prozess des globalen Handels teilnimmt“ (Salazar, F. 2001). Es geht also auch um die Erschließung der Ressourcen des mexikanischen Südens und die Öffnung hin zum zentralamerikanischen Markt mit seinen 38 Millionen Konsumenten durch Entwicklung der Infrastruktur von Strassen, Häfen und Eisenbahnverbindungen.

Ziele und Strategien des Plans Puebla-Panama

Das wesentliche Ziel des Plan Puebla Panama ist die Verbesserung des Lebensstandards der Bewohner der Region Zentralamerikas, welche sich vom Südsüdosten Mexikos bis zu den Grenzen Panamas erstreckt. Diese globale Zielsetzung wurde in 8 grundlegende Unterteilungen aufgliedert, deren Erfolg als Beitrag zum Gelingen des zentralen Vorhabens gilt.

Da der Plan als ein dynamisches Instrument und als Gegenstand von Konsultationen und der Konzertation mit den Akteuren der Zivilgesellschaft konzipiert wurde, sollen die angeführten Strategien zusätzlich durch die Beiträge anderer Akteure im Zuge seiner Einführung bereichert werden. Dabei legte Mexiko zunächst seine Prioritäten der Regionalentwicklung des Südens des Landes im Kapitel Mexiko des Plans vor:

1. Verbesserung der menschlichen und gesellschaftlichen Entwicklung der Bevölkerung,
2. eine breite Beteiligung der zivilen Gesellschaft an der Entwicklung,
3. strukturelle Veränderungen der Wirtschaftsdynamik,
4. optimale Nutzung der komparativen Fähigkeiten und Vorteile,
5. Unterstützung produktiver Investitionen zur Erweiterung höher besoldeter Angebote auf dem Arbeitsmarkt,
6. ein nachhaltiger Umgang mit den Naturressourcen und der Umwelt,

7. Konzertierung gemeinsamer Planung und Entwicklungsstrategien zwischen der Region des Süd-Südostens Mexikos und den Ländern Zentralamerikas,
8. Modernisierung und Stärkung der institutionellen Kapazitäten der Region.

Auf der Grundlage des Planes soll die Expansion und die integrale Entwicklung der Sektoren der Infrastruktur vorangetrieben werden, die Unterstützung und Entwicklung produktiver Aktivitäten, die Modernisierung und Bekräftigung der lokalen Institutionen sowie die Erweiterung der Technologie gefördert werden. Damit soll der Plan einen Beitrag zu anhaltendem ökonomischen Wachstum, der Erhaltung der Umwelt und der natürlichen Ressourcen der Region leisten.

Die Existenz strategischer Häfen (Coatzacoalcos und Salina Cruz in Mexiko) mit Möglichkeiten der Anbindung an den nordamerikanischen Markt, Europa und Asien sowie des panamesischen Hafens Puerto Colón mit besonderer Eignung für den globalen Wettbewerb erscheinen dabei ebenso attraktiv wie die Schaffung eines Verbindungskorridors zwischen Chiapas und Matamoros, mit Erweiterungsmöglichkeiten nach Guatemala zur Verknüpfung des regionalen mit dem nordamerikanischen Markt. Dabei soll dem Interesse der Länder der Region zur Intensivierung der Kooperation und Förderung der regionalen Integration mit dem Ziel der Gründung eines gemeinsamen Marktes entgegen gekommen werden. Weiterhin wird auf die Bedeutung eines potentiellen Marktes des ökologischen und kulturellen Tourismus mit etwa 5 Millionen Touristen im Jahr verwiesen, die das Segment mit der höchsten Wachstumsrate auf dem internationalen Tourismusmarkt darstellen.

Dieser erste Entwurf der mexikanischen Regierung zur Formulierung des Planes wurde auf dem außerordentlichen Gipfeltreffen des Tuxtla-Prozesses am 15. Juni 2001 zwischen dem mexikanischen Präsidenten Fox und seinen zentralamerikanischen Amtskollegen mit der Einigung auf 8 strategische Entwicklungslinien des Plan Puebla-Panamá konkretisiert:

- nachhaltige Entwicklung,
- Menschliche Entwicklung,
- Prävention und Linderung von Naturkatastrophen,
- Förderung des Tourismus,
- Erleichterung des Handelsverkehrs,
- Integration der Verkehrswege,
- Verknüpfung der Energieversorgung,

- Verknüpfung der Telekommunikationssysteme.

Damit ist auf der Grundlage der Gipfelkonferenz eine deutliche Modifikation des ursprünglichen mexikanischen Vorschlages des Planes erfolgt, der sich in viel stärkerem Maße auf die Verbesserung der infra- und sozialstrukturellen Defizite der Region beziehen sollte. Die zentralamerikanischen Präsidenten haben damit den infrastrukturellen Elementen der Zusammenarbeit einen sehr viel stärkeren Akzent verliehen als dies für die ursprüngliche mexikanische Intention gelten konnte. Das Spezifikum der starken indigenen Präsenz in der Region hat demgegenüber eine sehr viel geringere Ausformulierung erfahren. Insbesondere ist die praktische Dimension der Entwicklungsplanung hervorgehoben worden: Die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) wurde beauftragt, die notwendigen finanziellen Voraussetzungen öffentlicher und privater Investoren sowie der Entwicklungsbanken zu klären. Der mexikanische Koordinator des Plan Puebla-Panamá Florencio Salazar hat daher auch die Akzentsetzung dieser neuen Ausrichtung schnell auf eine neue Formel zu bringen versucht, wenn er von einer „Strategie der aktiven Solidarität“ spricht, die im Kontext der negativen Konsequenzen der Globalisierung versuche, „den Paradigmen der neuen Realität der Welt angemessen zu begegnen“². Der Plan Puebla-Panamá entfernt sich damit zunehmend von den für seine Begründung maßgeblichen innermexikanischen Motiven der Begleitung des Friedensprozesses in Chiapas und für den mexikanischen Süden insgesamt und gerät zunehmend zu einem multinationalen Entwicklungsprogramm auf dem zentralamerikanischen Isthmus. Allerdings sind die Chancen zu seiner Umsetzung nicht von der Situation in Chiapas zu trennen.

Chancen und Grenzen bei der Umsetzung des Plans Puebla-Panamá

Die politischen und wirtschaftlichen Chancen einer integralen Entwicklung des mexikanischen Südens und Zentralamerikas, wie sie im Plan Puebla-Panamá enthalten sind, scheinen trotz ihrer sachlichen Notwendigkeit jedoch gegenwärtig recht beschränkt zu sein.

² Intervención de Florencio Salazar Adame en el Encuentro de Discusión y Análisis organizado por el PRD, 25.8.2001, Tuxtla Gutiérrez, Chiapas, S. 10.

1. *Prekäre politische Unterstützung in Mexiko*
Trotz der Zustimmung der 9 Gouverneure der südlichen Bundesstaaten Mexikos hat einer der Hauptakteure in Chiapas – der EZLN – durch seinen Sub-Kommandanten Marcos bereits deutlich gemacht, dass er nicht bereit ist, diesen Plan zu unterstützen. Marcos erblickt darin eine Vervielfältigung von Grenzen, eine Verschiebung der Grenze seitens der USA bis nach Mexiko-Stadt, der Süden des Landes werde zu Zentralamerika „mit der Logik der Bananenrepubliken, ihren Guerillas, Diktatoren und Kaziken“ (El Proceso Nr. 1271/11. März 2001). Im Rahmen der Zapatour des EZLN im März 2001 durch Mexiko empfahl Marcos dem Präsidenten, den Namen des Planes in „Plan Guatemala-Panama“ zu ändern, „weil sie von Puebla bis Chiapas nicht das bekommen werden, was sie wollen“ (Reforma 28.02.2001). Damit wird erkennbar, dass die ursprüngliche Absicht einer Flankierung des Friedensprozesses durch den Plan Puebla-Panama als Entwicklungsprojekt nicht auf die politische Unterstützung eines zentralen Akteurs des mexikanischen Südens in Gestalt des EZLN bauen kann und eine politische Blockade – wenn nicht bereits ein Scheitern – dieser Initiative zu befürchten ist. Trotz der Bereitschaft der mexikanischen Regierung, das Programm des Planes einer breiten öffentlichen Diskussion, insbesondere auch mit der EZLN zu unterwerfen, sind aus heutiger Sicht realistische Grundlagen für die Umsetzung des Planes in seiner ursprünglichen Form nicht zu erkennen.
2. *Fehlen finanzieller Ressourcen*
Die Suche nach internationalen Ressourcen aus privaten und öffentlichen Quellen dürfte sich für die damit beauftragte Kommission unter Leitung der Interamerikanischen Entwicklungsbank schwierig gestalten. Da aber die zentralamerikanischen Staaten „baldige Ergebnisse erwarten“, wie der salvadoranische Präsident Francisco Flores bei der Gipfelkonferenz in seinem Lande hervorhob (La Nación, Costa Rica, 16. Juni 2001), steht auch die mexikanische Regierung unter dem Druck, Finanzmittel bereitzustellen bzw. einzuwerben. Dies dürfte jedoch aus eigenen Ressourcen kaum möglich sein, da das Land im Jahr 2001 aufgrund des Abflachens der Konjunktur in den USA nur mit einem Wachstum von 0,8% rechnen kann und extreme Austerität in den öffentlichen Haushalten angezeigt ist. Private Investoren und Gel-

der für die vorgesehenen Entwicklungsmaßnahmen zu gewinnen, steht daher im Vordergrund der Initiativen des BID, die im Rahmen von Programmen des *public-private-partnership* mit öffentlichen Ressourcen ergänzt werden sollen. Multilaterale Entwicklungsbanken, die Weltbank und die zentralamerikanische Entwicklungsbank (BCIE) könnten aus eigenen Quellen sicherlich Ressourcen bereitstellen, während andere internationale Geber, wie etwa die Europäische Union, bereits erklärt haben, dass sie nicht beabsichtige, zusätzliche Gelder für den Plan bereit zu stellen (Reforma 12.07.2001).

3. *Politische Instabilität in Zentralamerika*
Nach wie vor ist die Region Zentralamerika durch interne und externe politische Konflikte gespalten: Neben den Auseinandersetzungen um die Grenzziehungen zwischen Nicaragua und Costa Rica, Nicaragua und Honduras, Guatemala und Belize sowie Nicaragua und El Salvador sind auch die schwache Kooperation in den Integrationsinstanzen der Region (*Sistema de la Integración Centroamericana*, SICA) in Rechnung zu stellen wie auch interne Momente der Instabilität. Die prekäre Lage in Nicaragua vor den Wahlen und die zu erwartenden Wahlergebnisse lassen wenig Hoffnung auf eine qualitative Verbesserung der institutionellen und personellen Rahmenbedingungen der Politik erkennen, wie auch die Situation in Guatemala keine stabile und berechenbare außen- und integrationspolitische Position erkennen lässt. Die Region befindet sich damit nach wie vor in einer Übergangsphase, die sich nicht im Sinne einer Konsolidierung fortentwickelt sondern eher Zeichen der Stagnation und der Regression aufweist.
4. *Regionale Sicherheitsszenarien: Drogen und Migration*
Schließlich steht die zentralamerikanische Region unter dem externen Druck einer stärkeren Bekämpfung der Drogenökonomie, die sich von Kolumbien aus immer mehr auf Zentralamerika zu bewegt. Zentralamerika entwickelt sich in großen Schritten zur Drogendurchgangsregion sowie zum Ort für das „Waschen“ der Erlöse aus dem Drogengeschäft. Mit dem militärischen und politischen Druck auf Kolumbien und die Drogenökonomie dieses Landes ist die Grenze zwischen Kolumbien und Panama zu einer wichtigen sicherheitspolitischen Zone der USA gewor-

den. Die Verlagerung des Sicherheitsraumes der USA von der mexikanischen Nordgrenze an den Golf von Urabá verweist auf die Einschätzung in den USA, dass Zentralamerika auch weiterhin den Charakteristika einer (Un-)Sicherheitsregion entspricht und die zentralen Interessen der USA auf dem Spiele stehen.

Gleiches gilt für die Kontrolle der Migrationsströme in die USA, die sich aus Zentralamerika über Mexiko vollziehen. Insoweit kommt der Sicherung der mexikanischen Südgrenze eine zentrale Bedeutung zu, um insbesondere die illegale Migration durch eine geordnete Grenzkontrolle stärker leiten und beeinflussen zu können.

Insofern bleibt abzuwarten, inwieweit der Plan Puebla-Panama wirklich zu einer neuen Hinwendung Mexikos zu Zentralamerika führen kann, oder ob vielleicht sogar schon die angestrebte größere Aufmerksamkeit für die südliche Grenzregion auf dem Altar der Haushaltsdisziplin und mangelnder staatlicher Ressourcen geopfert werden wird. Eine solche Perspektive wäre ein Drama für die Region Zentralamerika, die dringend eines Impulses bedarf, um aus ihren kleinräumigen Politikdesigns und politischen Ränkespielen heraus zu finden und den Anschluss an die Notwendigkeiten von Weltmarkt und Weltpolitik zu schaffen.

Liste der Projekte des Plan Puebla-Panama:

- Investitionsförderung für Projekte zum Management natürlicher Ressourcen
- Harmonisierung von technischen Regulierungen und Normen
- komplementäre Kommunikationswege für den Korridor Puebla-Panama
- berufliche Bildung
- Bewußtseinsbildung der Öffentlichkeit zur Verhütung von Katastrophen
- Verbindung Guatemala-Belize
- Verbindung Mexiko-Guatemala
- Korridor zur Integration Puebla-Panama
- Korridor für atlantische Straßenverbindungen
- Entwicklung von integralen Tourismusangeboten im mesoamerikanischen Raum
- Entwicklung des Versicherungsmarktes gegen Katastrophenrisiken
- Erleichterung von Geschäften und regionale Anpassung der Handelsabkommen
- Implementierung der Satellitenkonten im Tourismus

- hydrometeorologische Information für die Wettbewerbsfähigkeit
- regionaler regulativer Rahmen
- Verbesserung der Beteiligung der indigenen und afrokaribischen Gemeinschaften an der lokalen Entwicklung
- Modernisierung des Zolls und der Grenzübergänge
- Kulturerbe, indigenes Erbe und Gleichstellung
- Plan Puebla-Panama: mesoamerikanische Initiativen und Projekte
- Programm zur Information, Konsultation und Teilnahme
- Förderung von kleiner und mittlerer Exportwirtschaft
- Plan zum Umweltmanagement
- Plan für die Zertifizierung der Nachhaltigkeit touristischer Projekte
- regionaler Plan für Gesundheit und menschliche Entwicklung
- ökotouristische indigene Projekte
- regionales Lichtfasernetz
- System der statistischen Information über Wanderbewegungen
- System des Stromverbundnetzes der Länder Mittelamerikas (SIEPAC)
- Handhabung, Nutzung und Konservierung der natürlichen Ressourcen durch die bäuerlichen, einheimischen und afrokaribischen Organisationen

Quellen:

Tageszeitungen und Wochenzeitschriften:

El Proceso, Mexiko

La Jornada, Mexiko

Reforma, Mexiko

La Nación, Costa Rica

La Prensa, Honduras

Florencio Salazar: Presentación del Plan Puebla-Panamá, 12. März 2001, Los Pinos – México, D.F., stenographische Mitschrift

Zu den Dokumenten des Planes:

<http://ppp.presidencia.gob.mx/> sowie

<http://www.iadb.org/ppp/document/>

Sistema Internet de la Presidencia:

<http://www.presidencia.gob.mx>

Zu den aktuellen Projekten:

<http://www.iadb.org/ppp/>

Literatur:

Raúl Benítez Manaut/Rafael Fernández de Castro (coord.): México-Centroamérica. Desafíos a inicios del siglo XXI, México: ITAM 2001.

José Octavio Tripp (comp.): México y Centroamérica en los umbrales del siglo XXI, San José: FLACSO 2000.

Alejandro Chanona Burguete/José Ignacio Martínez Cortés: Las relaciones de México con América Latina bajo un nuevo esquema de integración comercial, in: Raúl Benítez Manaut/Rafael Fernández de Castro (coord.): México-Centroamérica. Desafíos a inicios del siglo XXI, México: ITAM 2001.

Autorennotiz: Günther Maihold, Dr. phil., ist Politikwissenschaftler und Direktor des Iberoamerikanischen Instituts, Preussischer Kulturbesitz in Berlin. E-Mail: maihold@iai.spk-berlin.de

Sabine Kurtenbach (Hrsg.)

Kolumbien zwischen Gewalteskalation und Friedenssuche Möglichkeiten und Grenzen der Einflussnahme externer Akteure

Frankfurt/Main: Vervuert 2001, 254 Seiten, ISBN 3-89354-254-X, € 24,80 (DM 48,00)
Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde, Hamburg, Band 54

In den vergangenen Jahren hat sich Kolumbien zum sicherheitspolitischen Brennpunkt Lateinamerikas entwickelt. Dies liegt nicht nur daran, dass Kolumbien Schauplatz des ältesten internen Krieges Lateinamerikas ist, sondern dass Gewalt in diesem Andenstaat ein vielschichtiges Phänomen ist. Neben der bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Regierung und Guerilla wird die Gewalt in dem Andenstaat durch den Drogenhandel und ein hohes Maß an Kriminalität angeheizt. Parallel zur Eskalation der Gewalt hat sich das Engagement regionaler und internationaler Akteure in den vergangenen Jahren verstärkt. Ansatzpunkt für das internationale Engagement war zunächst das Thema Menschenrechte, aber in wachsendem Maß sollen externe Akteure auch bei der Beendigung des Krieges helfen. Der Sammelband ist das Ergebnis einer Tagung, die das Institut für Iberoamerika-Kunde mit finanzieller Unterstützung der Fritz Thyssen Stiftung im Juli 2000 durchgeführt hat.

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Andreas Steinhilber; Textverarbeitung: Ilse Heinbokel und Jens Urban

Bezugsbedingungen: DM 120,- p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); DM 90,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); DM 60,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von DM 30,- erhoben. Einzelausgaben kosten DM 6,00 (für Studierende DM 4,00). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaciis 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-mail: iikhh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.rz.uni-hamburg.de/IIK>

Peter Peetz

Neopopulismus in Lateinamerika

Die Politik von Alberto Fujimori (Peru) und Hugo Chávez (Venezuela) im Vergleich

Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde 2001, im Druck, € 7,70 (DM 15,00)
(Beiträge zur Lateinamerika-Forschung, Band 7)
ISBN 3-926446-85-4

Mit Hugo Chávez hat sich in Venezuela ein Präsident an der Macht etabliert, dessen Politik häufig mit dem Schlagwort „Neopopulismus“ charakterisiert wird. Außer dem venezolanischen Staatschef werden noch andere lateinamerikanische Politiker als Neopopulisten bezeichnet, allen voran Perus Ex-Präsident Alberto Fujimori. Der Begriff „Neopopulismus“ stellt Chávez und Fujimori in die Tradition des lateinamerikanischen Populismus und weckt dadurch Assoziationen an Politiker wie Getúlio Vargas (Brasilien 1930-45; 1951-54) und Juan Domingo Perón (Argentinien 1946-55; 1973-74). Die dem Neopopulismus und dem klassischen Populismus gemeinsamen Merkmale sind ein charismatischer Führungsstil, der Aufbau massenklientelistischer Bindungen durch eine verteilungsorientierte Sozialpolitik und ein besonderer Pathos in der Anrufung des „Volkes“. Das Ende der Ära Fujimori und der Ausgang der Wahlen in Venezuela vom Juli 2000, nach denen Chávez nun voraussichtlich bis ins Jahr 2006 im Amt bleiben wird, geben Anlass zu einer näheren Betrachtung des Konzepts Neopopulismus. Denn trotz der angesprochenen Parallelen zwischen Fujimori und Chávez unterscheidet sich ihre Politik so sehr, dass ihre gemeinsame Subsumierung unter diesen Terminus dessen Sinnhaftigkeit sowie dessen Nutzen für die politikwissenschaftliche Diskussion in Frage stellt.

Diese Arbeit klärt, was mit den Bezeichnungen „Populismus“ und „Neopopulismus“ gemeint ist. Sie diskutiert, ob das Konzept „Neopopulismus“ praktikabel ist und ob es für die Politikanalyse aussagekräftig und notwendig ist. Es wird analysiert,

- warum neopopulistische Politiker an die Macht kommen,
- wie sich ihre Anhängerschaft zusammensetzt,
- welchen politischen Diskurs sie verwenden,
- wie sich politische Kommunikation im Neopopulismus gestaltet,
- ob und wie Neopopulisten ihren Diskurs auf einzelnen Politikfeldern in die Tat umsetzen,
- welche Bedeutung Neopopulismus für die Demokratie eines Landes hat und
- was die Ablösung neopopulistischer Machthaber herbeiführt.